



Bundestags- brief

Nr.220 •Die Woche im Bundestag• 23.02.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Berlinale und Regierungsbildung im Fokus

Zwei große Ereignisse prägen die gegenwärtigen Wochen. Zum einen die Berlinale, eines der wichtigsten Filmfestivals der Welt – und unser jährliches Februar-Highlight und zum anderen die anstehende Regierungsbildung.

Eine große Rolle auf der diesjährigen Berlinale spielt natürlich die #MeToo-Debatte. Was da in den vergangenen Wochen und Monaten Erschütterndes ans Licht kam, erlaubt kein Weiter so nach dem Motto „The Show must go on.“ Die Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle, an die Betroffene sich vertrauensvoll wenden können, ist das Mindeste, was Opfer sexueller Gewalt oder Belästigung in der Film- und Kulturbranche erwarten dürfen! Die bisherigen Angebote haben ganz offensichtlich nicht ausgereicht. Das ist eine bittere Lehre. Ich werde die Aufbauphase einer solchen unabhängigen Anlaufstelle deshalb kurzfristig mit bis zu 100.000 Euro aus meinem Etat finanzieren.

Die diesjährige Berlinale bietet glücklicherweise viel Stoff, um über Frauen zu reden, die erfolgreich ihr Ding durchziehen – seien es starke weibliche Protagonistinnen in den Filmen, seien es starke Frauen hinter der Kamera: Betrachtet man alle Sektionen, haben bei 37,5 Prozent der diesjährigen Berlinale-Filme Frauen Regie geführt. Im Wettbewerb sind unter 24 Filmen vier Regisseurinnen vertreten. Das ist ausbaufähig, aber die Chancen, dass auch in diesem Jahr eine Regisseurin den Goldenen Bären holt, stehen nicht schlecht.

Auch der deutsche Film ist bei der Berlinale in diesem Jahr stark vertreten: Mit vier deutschen Wettbewerbsbeiträgen und insgesamt 82 deutschen bzw. deutsch-koproduzierten Filmen lässt die Berlinale auf ein glänzendes Filmjahr 2018 hoffen.

Mit dem Golden Globe für Fatih Akins „Aus dem Nichts“ hat das Jahr aus deutscher Sicht ja schon bestens begonnen und ich drücke die Daumen, dass es auch am kommenden Samstag bei der Bärenverleihung so weitergeht. .

Selbstverständlich bewegt uns dieser Tage aber auch die Regierungsbildung. Die Union hat mir ihrer Einigung auf einen Koalitionsvertrag gezeigt, dass sie bereit ist, unserem Land eine stabile Bundesregierung zu geben.

Die CSU hat dem Koalitionsvertrag als erste der drei Koalitionsparteien durch ihren Vorstand bereits am 8. Februar 2018 zugestimmt. Die CDU wird über den Vertrag bei ihrem Bundesparteitag am nächsten Montag abstimmen.

Mit dem Vorschlag Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU zu machen, hat die Bundesvorsitzende Angela Merkel ein starkes Signal gesendet, das zeigt, wie wichtig neben der Regierungsbildung auch die Partei ist.

Ich habe größten Respekt vor der Entscheidung Annegret Kramp-Karrenbauers, ihr Amt als Ministerpräsidentin zugunsten dieses zentralen Parteiamtes aufzugeben und freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit dieser erfolgreichen Frau. Peter Tauber danke ich für die Freundschaft und die Arbeit in den zurückliegenden vier Jahren. Er hat die CDU in dieser Zeit modernisiert und mit der Digitalisierung für neue, junge Wählerschichten geöffnet.

Mit Menschen wie ihm und Annegret Kramp-Karrenbauer zeigt die CDU dass sie gut aufgestellt ist – das gilt auch inhaltlich.

Der Koalitionsvertrag stellt eine gute Grundlage für die Zukunft unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger dar. Es geht um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere und die soziale Sicherheit ausbauen.

Es wird bei der „schwarzen Null“ bleiben - darauf werden wir als Unionsfraktion achten, denn der Deutsche Bundestag beschließt den Bundeshaushalt und niemand anderes. Gleichzeitig werden wir die Bürger entlasten und den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 abschaffen. Dank der guten wirtschaftlichen Lage bleibt noch viel Spielraum für Investitionen in die Zukunft: Milliarden stellen wir für Familien und die Modernisierung der Schulen zu Verfügung. Gleichzeitig wird der Bund dabei helfen, dass Grundschulkinder den ganzen Tag verlässlich betreut werden.

Außerdem konnten wir uns mit unserer Idee der Steuerung und Begrenzung der Migration durchsetzen: Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen, wir sorgen aber dafür, dass Nicht-Verfolgte unser Land verlassen und somit die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordert wird. Damit begegnen wir den Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Für Berlin bietet der Koalitionsvertrag viele wichtige Impulse für eine dynamische Entwicklung unserer Hauptstadt. Mit einer Wohnraum-Offensive, dem Baukindergeld und dem möglichen Wegfall der Grunderwerbsteuer unterstützen wir den Erwerb von Wohneigentum und sorgen für bezahlbare Mieten.

Von den verabredeten zusätzlichen Investitionen in die Bildung würden auf Berlin geschätzt 500 Millionen Euro entfallen. Weitere dreistellige Millionensummen können nach Berlin für den Ausbau der Ganztagschulen und aus dem Digitalpakt an die Berliner Schulen fließen.

Deshalb hoffe ich sehr, dass die SPD ihrer Verantwortung für unser Land gerecht wird und die Führung der Partei ihre Mitglieder von diesem soliden Verhandlungsergebnis überzeugen kann.

Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Straßenverkehr findet Zustimmung

Einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbands Bitkom zufolge wünscht sich die Mehrheit der Bundesbürger den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), um den Verkehrsfluss zu verbessern und Unfälle zu vermeiden.

Demzufolge halten es 9 von 10 Bundesbürgern (89 Prozent) für sinnvoll, dass KI-basierte Systeme eingesetzt werden, um die optimal Fahrtroute zu finden und vor Unfallgefahren rechtzeitig zu warnen.

Weiterhin gehen 86 Prozent der Befragten davon aus, dass KI-optimierte Ampelschaltungen innerstädtische Staus verringern werden. Eine knappe Mehrheit der Deutschen (58 Prozent) hält es zudem für sinnvoll, Künstliche Intelligenz auch bei selbstfahrenden Fahrzeugen einzusetzen. Die Zustimmung der jüngeren Generation zwischen 14 und 29 Jahre (65 Prozent) fällt hierbei etwas stärker aus als bei Älteren ab 65 Jahren (54 Prozent).

(Quelle: Bitkom)

Deutsche Exporte weiter auf Rekordniveau

Im Jahr 2017 wurden von Deutschland Waren im Wert von 1 279,4 Milliarden Euro exportiert. Demgegenüber standen Importe von 1 034,6 Milliarden Euro.

Dies entspricht einem Anstieg von 6,3 Prozent respektive 8,3 Prozent gegenüber den bisherigen Höchstwerten aus dem Jahr 2016, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt.

Dementsprechend sank der deutsche Außenhandelsüberschuss im vergangenen Jahr leicht von 248,9 Milliarden Euro auf 244,9 Milliarden Euro. Wichtigster Handelspartner bleibt die Europäische Union, in deren Mitgliedstaaten Waren im Wert von 750 Milliarden Euro exportiert wurden. Im selben Zeitraum betragen die Importe aus der EU 682,5 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)